



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Demokratie stärken – Direktwahl des Bundespräsidenten einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Sinne einer stärkeren demokratischen Legitimation für eine Direktwahl des Bundespräsidenten einzusetzen.

### **Begründung:**

Der Bundespräsident ist der höchste Vertreter des deutschen Staates und der oberste Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland. Gerade in Krisenzeiten kommt dem Bundespräsidenten eine entscheidende und vor allem auch stabilisierende Rolle im politischen System der Bundesrepublik zu. Trotz dieser wichtigen Rolle sieht das Grundgesetz keine Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk vor. Die Bürger sind nur mittelbar über die Bundesversammlung an der Bundespräsidentenwahl beteiligt.

Der historische Hintergrund für die bewusst schwache Ausgestaltung des Amtes des Bundespräsidenten mit seinen eingeschränkten Kompetenzen ist in der Weimarer Republik und in der Stellung des damaligen Reichspräsidenten zu sehen. Allerdings würde eine Direktwahl nicht automatisch zu einer Aufweichung des Prinzips der Gewaltenteilung führen. Denn diese ist nicht zwingend mit der Übertragung neuer Kompetenzen verbunden. Zudem muss auch eine Verfassung wie das Grundgesetz an geänderte gesellschaftliche und politische Bedürfnisse angepasst werden können.

Diese geänderten Bedürfnisse spiegeln sich in einer jüngsten YouGov-Umfrage wider, die im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur durchgeführt wurde. Danach befürworten fast 70 Prozent der deutschen Bürger eine direkte Wahl des Bundespräsidenten. Die Mehrheit der Bürger fordert damit ein Mitbestimmungsrecht bei der Frage, wer Repräsentant an der Staatsspitze sein soll.

Eine Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk würde nicht nur dazu beitragen, dass sich die Bürger mit dem Bundespräsidenten über Parteigrenzen hinweg besser identifizieren könnten und diesen als eine Art „Bürgerpräsident“ wahrnehmen würden. Die Wahl durch das Volk wäre auch ein geeignetes Mittel, um die wachsende Distanz zwischen den Bürgern und dem parlamentarisch-demokratisch verfassten Staat zu verringern.

Mit einem solchen Element direkter Demokratie könnte der wachsenden Politikverdrossenheit begegnet werden.